

**Einberufung der 1. Tagung des 2. Landespartei-
tages der Partei DIE LINKE. Landesverband
Sachsen-Anhalt**

Seite -4-

Gregor kommt:
Donnerstag, den 24. Septem-
ber von 16 Uhr bis 18 Uhr,
Marktplatz in Halle, mit Musik
von Eisbrenner

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

16. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

22. September 2009

Herbstmeister zählt nicht. Oder doch?

von Dietmar Bartsch

Am vergangenen Sonntag flimmerte ein Pseudoduell über die Bildschirme. Eine Kontroverse konnte nicht einmal inszeniert werden, denn die vermeintlichen Kontrahenten bewerben sich um unterschiedliche Ämter, nämlich den Kanzler- und den Vizkanzlerposten. Aber anders als ARDZDFRTLSTL es vorspiegelten, stehen am 27. September nicht nur Union und SPD zur Wahl und DIE LINKE hat gute Karten.

Wenn ein Aufsteiger in der Fußball-Bundesliga am Ende der Saison in der ersten Tabellenhälfte landet, ist das ein großartiger Erfolg und für dessen Anhang in aller Regel Anlass für mehrtägige Feiern und Freudenfeste. In der Regel. Jüngst wares allerdings ein bisschen anders zu erleben. Die TSG Hoffenheim war im Dezember 2008 Herbstmeister der ersten Bundesliga geworden. Es war eine sportliche Sensation, dass der vielfach als „Dorfklub“ belächelte Verein das schaffte. Am Ende der Saison, im Mai dieses Jahres, erreichte die Mannschaft den siebenten Tabellenplatz. Vor Beginn der Meisterschaft hatten wohl nur härteste Fans der TSG einen so optimistischen Tipp gewagt, nun aber geriet bei vielen das letzte Abschneiden gar zur leichten Enttäuschung. Einmal mehr machte die Feststellung die Runde: Herbstmeister zählt nicht.

DIE LINKE ist in diesen Tagen wieder einmal im Umfrage-Hoch.



Gerade in dieser Situation betone ich: Wir wollen Wahlen gewinnen, nicht Umfragen! Gute Umfragen werden zum Danaergeschenk, wenn sie uns dazu verleiten, den Wahltag als „gelaufen“ zu betrachten. Es wäre verhängnisvoll, lehnen wir uns angesichts guter Prognosen zurück und lassen ab von dem Vorhaben, bis zu letzten Minute einen engagierten Wahlkampf zu führen, ja, diesen in den letzten

48 Stunden sogar mit größter Kraftanstrengung zu bestreiten. Sicher, wenn wir jüngst bei der sogenannten Sonntagsfrage stiegen, hat das ursächlich zu tun mit unseren Ergebnissen vom letzten August-Sonntag, mit dem großartigen Agieren unserer Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche und wohl auch mit dem jetzt noch verstärkten Ruf: Raus aus Afghanistan!

weiter auf Seite -2-

Herbstmeister...

von Seite -1-

Es hat überdies ganz wesentlich zu tun mit unserem Wahlkampf, dem rastlosen Einsatz zahlloser Genossinnen und Genossen und vieler Freunde der Partei. Nur wenn Letzteres so bleibt, kann das Hoch anhalten. Trotzdem werden wir nicht abheben, große Freude ist ab 10 Prozent plus X angesagt!

Unsere Partei hat nie bessere Ergebnisse vorausgesagt bekommen, als wir dann am Wahltag erreichten. Jüngst schafften wir im Saarland 21,3 Prozent, dort lag die höchste Umfrage zuvor bei 16 Prozent. „Forsa“ sah uns jeweils in der Woche vor der Wahl in Hessen bei 4 Prozent und in Bremen bei 4,5 Prozent. Also: Auch von mäßigen Vorhersagen lassen wir uns nicht

irritieren. Gestern Abend stellten sich eine Kanzlerin und ein Vizekanzler dem TV-Publikum in einem zum Duell stilisierten Schatzenboxen vor. Vermutlich werden dieser Tage sowohl Union als auch SPD von einer Fernsehschau profitieren, die den Leuten suggeriert, letztlich gehe es um eine Entscheidung zwischen diesen beiden. Die einen saugen aus dem Kanzlerinnen-Bonus Honig, die anderen können kaum mehr tiefer fallen. Ein Skandal ist, dass die vier größten Fernsehsender, darunter die gebührenfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen, vortäuschen, zur Wahl stünden nur Merkel und Steinmeier. Meine These war stets, dass der Bundestagswahlkampf am 31. Augusterstrichtig beginnt. Mit den Ergebnissen der vier Wahlen vom

Vortag wurden die Karten neu gemischt. Verdientermaßen hat DIE LINKE ein gutes Blatt bekommen. Wir liegen mit den Themen und mit der Kampagnenführung richtig. Umfragen vor Wahlen haben den gleichen Wert wie die Herbstmeisterschaft im Fußball.

Die Ballsportler müssen 34 Spieltage hinter sich bringen - 17 vor und 17 nach der „Herbstmeisterschaft“. Erst dann wird abgerechnet.

Wir haben noch 13 Tage bis zur Bundestagswahl und zu den beiden Landtagswahlen vor uns.

Ich bin sicher:

Wir können kurz nach Sommerende am 27. September eine Herbstmeisterschaft von großem Wert feiern!

Institut	Allensbach	Emnid	Forsa	Forsch`gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap
Veröffentlichung	15.09.09	17.09.09	16.09.09	11.09.09	24.08.09	10.09.09
CDU/CSU	36,0%	35,0%	37,0%	36,0%	37,0%	35,0%
SPD	22,5%	25%	24%	23%	23%	23%
Grüne	12,0%	11%	11%	11%	13%	12%
FDP	12,5%	13%	12%	14%	13%	14%
DIE LINKE	12,0%	12%	10%	11%	9%	12%
Sonstige	5,0%	4%	6%	5%	5%	4%

Quelle: www.wahlrecht.de

Mindestlohn gerade jetzt!

Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, 2 Millionen neue Arbeitsplätze und gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit. Für Frau und Mann, in Ost und West.
www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

Raus aus Afghanistan!

Die Bundeswehr darf sich nicht an Kriegen beteiligen. Unser Land muss Frieden schaffen, konsequent auf Abrüstung und Entwicklungshilfe setzen.
www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

Reichtum besteuern!

Millionärssteuer statt höherer Mehrwertsteuer! Börsenumsatzsteuer und höhere Steuern für Konzerne jetzt! Die Steuern für Beschäftigte und Kleinbetriebe senken!
www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

Fraktion DIE LINKE:

Kritik an ARD- und ZDF-Absagen

Zur Ankündigung der ARD, nach dem ZDF ihre Spitzenpolitikerrunde vor der Wahl nach den Absagen von Merkel und Steinmeier ebenfalls aus dem Programm zu streichen, erklärt der medienpolitische Sprecher der Fraktion Stefan Gebhardt:

„Natürlich sind die Absagen der Spitzenkandidaten von CDU und SPD, Merkel und Steinmeier, für die von ARD und ZDF geplanten Fernsehdiskussionsrunden ärgerlich.

Dennoch ist die Konsequenz von ARD und ZDF, die Sendungen gänzlich aus dem Programm zu streichen, für DIE LINKE nicht nachvollziehbar. Auch zu den letzten Bundestagswahlen nahm der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, ebenso wie auch CDU/CSU-Spitzenkandidat Edmund Stoiber, im Jahre 2002 nicht an

den sogenannten Elefantenrunden teil. Trotzdem wurden seinerzeit die Sendungen nicht einfach abgesagt. Die jetzige Streichung aus dem Programm bedeutet, dass die Oppositionspolitiker nicht zu Wort kommen können und somit gegenüber Merkel und Steinmeier benachteiligt werden, denn diese haben ihr so genanntes TV-Duell bereits hinter sich.

Die Absage der Sendungen birgt zudem die Gefahr in sich, dass den Zuschauerinnen und Zuschauern wichtige Informationen vor der Wahl verwehrt bleiben, Unterschie-

de zwischen den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nicht dargestellt werden können und somit weniger Informationen für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden.

Informationen, gerade vor einer Bundestagswahl, gehören aber zum öffentlich-rechtlichen Auftrag von ARD und ZDF.

Beleidigte Absagen durch die Anstalten schaden dem Informationsbedürfnis und können sich somit negativ auf die Wahlbeteiligung auswirken.“

Abrüstung: Bundesregierung abgehängt

„Das Abrücken Präsident Obamas von den Raketenabwehrplänen seines Vorgängers ist ein wichtiger und begrüßenswerter Schritt auf dem Weg zur Abrüstung“, kommentiert Paul Schäfer, abrüstungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, das Einfrieren des US-amerikanischen Raketen-schildprojektes.

Schäfer erklärt weiter:

„US-Präsident Obama ist dabei, sich nachträglich die abrüstungspolitischen Lorbeeren zu verdienen, die ihm bereits unmittelbar nach seiner Wahl vorschussweise verliehen wurden. Auf Unterstützung und Zuarbeit der deutschen Bundesregierung indessen konnte er dabei bisher nicht bauen: Bundeskanzlerin Merkel und ihre Kalte-Kriegs-Partei hängen in falsch

verstandener Nibelungentreue alten Träumen vom Nuklearpotenzial der NATO hinterher; auch ihr Außenminister Steinmeier hat jenseits einiger Lippenbekenntnisse im Vorwahlkampf keine Abrüstungsideen eingebracht.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, ihre abrüstungspolitische Lethargie zu überwinden und den Prozess Abrüstung, den anzustoßen sie sich nicht getraut hat, nun wenigstens voranzutreiben und mitzugestalten. Gegen nukleare Bedrohungen helfen keine Raketen-schilde, sondern nur nukleare Abrüstung. Daher wäre das Drängen auf den Abzug der US-Atomwaffen aus dem rheinland-pfälzischen Büchel und das grundsätzliche Ende des Systems nuklearer Teilhabe ein passender nächster Schritt.“

Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
17.09.2009
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 01.10.2009

Einberufung der 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

Der Landesvorstand beruft die 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE.Sachsen-Anhalt für den 14. und 15. November 2009 nach Magdeburg ins Büro- und Tagungscenter entsprechend der nachfolgenden Konzeption ein.

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Konstituierung des Landesparteitages (Wahl des Tagungspräsidiums, Bestätigung der Geschäftsordnung, der Tagesordnung, des Zeitplanes und Wahl der Antragskommission und der Mandatsprüfungskommission des Parteitages)
3. Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation nach den Wahlen und Einbringung des Leitantrages
4. Bericht des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Landesausschusses
5. Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden, zum Leitantrag und zu den Berichten
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Beschlussfassung zum Leitantrag
8. Bestätigung der Berichte und Entlastung des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission
9. Wahl der Wahlkommission
10. Wahl der/des Landesvorsitzenden
11. Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
12. Wahl der/des Landesgeschäftsführers/in
13. Wahl der/des Landesschatzmeisters/in
14. Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
15. Einbringung des Antrages zur Strukturreform
16. Aussprache zum Antrag zur Strukturreform
17. Beschlussfassung zum Antrag Strukturreform
18. Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
19. Aussprache zum Bericht
20. Einbringung, Aussprache und Beschluss des Antrages zum LEP
21. Wahl der Mitglieder der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Bundesausschusses für 2010/2011
22. Weitere Anträge
23. Schlusswort der/des neu gewählten Landesvorsitzenden

Der Delegiertenschlüssel für den 2. Landesparteitag wurde mit Beschluss des Landesvorstandes vom 12. Mai 2009 bereits festgelegt. Die Wahl der Delegierten in den Kreisen und Zusammenschlüssen für den 2. Landesparteitag erfolgt durch Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen ab dem 16. Mai 2009. Laut Satzung § 15 Absatz 2 findet die Wahl bis spätestens vier Wochen vor dem Landesparteitag statt, um jedoch die fristgerechte Einladung aller Delegierten und den entsprechenden Versand der Unterlagen zu gewährleisten,

Wahlkampfendspurt

Dienstag, 22.09.2009

15:00 - 19:00 Uhr
Infostand Zentrum Neustadt
18:00 Uhr
Podiumsdiskussion
IG BCE mit Petra Sitte
Hettstedter Str. 1

Mittwoch, 23.09.2009

15:30 - 18:00 Uhr
Infostand EDEKA Vogelweide
19:00 Uhr
Diskussionsrunde
Burgstetten-Verein Niemberg mit
Petra Sitte

Donnerstag, 24.09.2009

ab 10:00 Uhr
Infostand auf dem Marktplatz
ab 16:00 Uhr
Kundgebung Marktplatz
mit Gregor Gysi und Petra Sitte

Freitag, 25.09.2009

9:00 - 15:00 Uhr
Infostände Halle-Neustadt
9:00 - 11:30 Uhr
Infostand
Wilhelm-von-Klewitz-Straße
14:00 - 18:00 Uhr
Infostand Edeka Heide-Nord

Sonnabend, 26.09.2009

9:00 - 14:00 Uhr
Infostand Neustadt-Center
9:00 Uhr - 12:00 Uhr
Infostand ALDI Heide-Süd
10:30 - 16:00 Uhr
Infostand Konzerthalle/Boulevard

Sonntag, 27.09.2009

Bundestagswahl
ab 18:00 Uhr
Wahlparty der LINKEN Halle
"Strieses Biertunnel"

werden die Kreisverbände und Zusammenschlüsse gebeten, die Wahlen rechtzeitig vor dem 16. Oktober 2009 durchzuführen! Im übrigen gilt die Satzung § 10 Geschlechterdemokratie. Für die Wahlen der Delegierten der landesweiten Zusammenschlüsse gelten die Satzung des Landesverbandes sowie die Bestimmungen zur Geschlechterquotierung.

Antragsschluss für Leitanträge und alle selbständigen Anträge ist der 03. Oktober 2009 um 16.00 Uhr. Dringlichkeits- oder Initiativanträge sind Anträge, die sich aus der politischen Situation nach dem Antragschluss ergeben haben. Sie bedürfen für eine Behandlung im Plenum der Unterschrift von mindestens 10 % der stimmberechtigten Delegierten (§16 Absatz 5 der Landessatzung).

aus den Ländern

Sachsen

Dr. André Hahn: Kein längeres gemeinsames Lernen in Sachsen - das ist glatter Wortbruch, Herr Zastrow!

Zum der Öffentlichkeit vorgestellten Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Dr. André Hahn:

Hätte die CDU den Vertrag mit sich selbst abschließen müssen, hätte sie innerfraktionell höhere Hürden nehmen müssen. Auf fast allen Politikfeldern sind nur unverbindliche Absichtserklärungen zu finden.

Der Koalitionsvertrag bedeutet das faktische Aus für die Gemeinschaftsschulen - die einzige positive Neuerung der letzten Wahlperiode soll „abgeschlossen“ und nach der angekündigten „Evaluierung“ mit Sicherheit beerdigt werden. Nichts also mit längerem gemeinsamem Lernen, wie es die FDP noch im Wahlkampf als Bedingung für eine Koalition versprochen hat: Das ist glatter Wortbruch bei dem zentralen landespolitischen Thema, Herr Zastrow!

Anstatt mehr Geld für die Bildung auszugeben, z. B. für die zusätzliche Einstellung junger Lehrer oder von Schulpsychologen, soll die Studiengebührenfreiheit aufge-
weicht werden.

Die klare Absage an einen gesetzlichen Mindestlohn zeigt, wohin Sachsen künftig in punkto Sozialpolitik steuern wird.

Sozial Benachteiligte werden mit dieser Koalition für die Besserdienenden nichts zu lachen haben.

Bartl / Gebhardt: „Rechtsstaatspartei“ FDP hat abgedankt

Zum CDU/FDP-Koalitionsvertrag im Bereich Justiz sowie Innen- und Sicherheitspolitik erklären Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher, und Rico Gebhardt, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

Da sank sie hin, die Rechtsstaatspartei FDP. Die Sicherungsverwahrung beispielsweise mutiert von der früheren Ultima Ratio des Gerichts bei der Verurteilung zur allgemeinen Prüfungsaufgabe bei der Entlassung. Von der FDP über Jahre abgelehnt, sollen Finanz-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit zusammengelegt werden, womit auch programmiert ist, dass im Sozialrecht die Gerichtskostenvorauszahlung zum Regelfall, damit auch der Zugang zum Sozialgericht immer mehr vom Geldbeutel abhängig wird.

Dafür wird „versprochen“, dass „Widerspruchsverfahren auf wenige besondere Verfahrensarten und Verfahrensgegenstände beschränkt“ werden, was nicht mehr und nicht weniger bedeutet, dass wir mit der FDP eine durchgreifende Verkürzung des Rechtsweges erhalten werden.

Auch der Koalitionsprogrammteil Innenpolitik ist an Konkretheit und Kreativität dünn wie der Pfiff einer Maus. Das Beschaffungswesen der Polizei privatwirtschaftlich zu organisieren, ist die ganze (neo)liberal-dürftige Duftnote. Ansonsten geht mit der FDP alles, was Buttolo, Bandmann, wie alle unsere Lawand-Order-Konservativen heißen, schon immer wollen:

- Schleppnetz fahndung im grenznahen Raum als Beruhigungsspiel

für besorgte Anwohner,

- Kfz-Kennzeichenscreening rein ins Polizeigesetz, vermeintlich „anlassbezogen“,

- Videoüberwachung öffentlicher Plätze und öffentlicher Verkehrsmittel jetzt in schwarz-gelb,

- „Erleichterung der Wohnungsdurchsuchung bei Entführungsfällen“, sprich: „Entlastung“ der Richterschaft vom bislang notwendigen Durchsuchungsbeschluss für den Bruch des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung,

- längere Fristen für die Wohnraumverweisung,

- Verschärfung des Versammlungsrechts.

Ansonsten zementiert und legiti-

miert die FDP den weiteren Stellenabbau bei der Polizei mit seinen verheerenden Auswirkungen auf Polizeipräsenz und die bis an die Leistungsgrenze mit Überstunden belasteten Polizisten.

Zu den „Blaulichtbereichen“ Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz nur allgemeines Blabla, ebenso zum Datenschutz.

Fragt sich, wie viel versprengte Liberale Sachsen noch hat, wenn dieser Koalitionsvertrag durch den FDP-Landesparteitag durchgewunken wird!

Fragt sich auch, ob sächsische Wählerinnen und Wähler derart flagranten Wortbruch am 27. September ungestraft lassen.

Thüringen

Fraktion der LINKEN legt parlamentarische Sofortinitiativen für einen Politikwechsel vor

In ihrer heutigen konstituierenden Sitzung wählte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Mitglieder des vorläufigen Fraktionsvorstands und beriet die ersten parlamentarischen Initiativen, die im Sinne eines Politikwechsels in Thüringen unverzüglich in Angriff genommen werden sollen.

DIE LINKE wählte erneut Dieter Hausold zum Fraktionsvorsitzenden. Martina Renner, in der vergangenen Legislatur Mitarbeiterin der Fraktion, wurde zur Stellvertreterin gewählt. André Blechschmidt erhielt wiederum das Vertrauen als Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion. Die Abgeordneten beschlossen, spätestens einen Monat nach der Regierungsbildung einen neuen Fraktionsvorstand zu wählen. Die

Fraktion wird außerdem Dr. Birgit Klaubert erneut als Vizepräsidentin des Thüringer Landtags vorschlagen.

Um „das Signal von Pöbneck aufzunehmen“, will DIE LINKE gemeinsam mit den anderen vier Landtagsfraktionen sich dafür einsetzen, dass der Thüringer Landtag in seiner ersten regulären Sitzung eine gemeinsame Erklärung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus verabschiedet, betont Dieter Hausold, Fraktionsvorsitzender. Er verweist auf die weiteren parlamentarischen Sofortinitiativen der LINKEN. Dazu gehören neben der Wiederaufnahme des Gesetzesentwurfs des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik in Thüringen ein Antrag auf Einführung von kostenloser Schulmilch und

Schulobst in Thüringen, die erneute Vorlage eines Thüringer Personalvertretungsgesetzes sowie eines Vergabegesetzes mit Mindestlohnforderungen. Die Fraktion will außerdem in Absprache mit dem Bündnis für mehr Demokratie in

ThüringeneinenGesetzentwurfzum Ausbau der direkten Demokratie vorlegen und einen Antrag auf Aufhebung der Bannmeile am Thüringer Landtag stellen. „Alle diese Initiativen liegen fertig vor und werden jetzt unverzüglich

in den parlamentarischen Gang gebracht“, unterstreicht Hausold und verweist auf das 100-Tageprogramm der LINKEN für einen Politikwechsel in Thüringen, „das jetzt Punkt für Punkt abgearbeitet wird“.

Sachsen-Anhalt

Kein Zurückhalten von 10 % der Hochschulbudgets

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich auf seiner heutigen Sitzung der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit den zukünftigen Hochschulbudgets und der folgenden Zielvereinbarungsperiode beschäftigt. Dazu erklärt der hochschulpol. Sprecher der Fraktion, Hendrik Lange:

„Der Kabinettsbeschluss der Landesregierung, künftig 90 % der Hochschulbudgets freizugeben und 10 % der Zuweisungen an noch zu bestimmende Leistungsindikatoren zu knüpfen, wurde von den anwesenden Hochschulrektoren einhellig kritisiert.

DIE LINKE sieht in einem solchen Vorgehen eine de-facto-Kürzung der institutionellen Finanzierung der Hochschulen um 10 % und lehnt eine solche Herangehensweise ab. Sollte sich der Vorschlag der Landesregierung durchsetzen, könnten die Hochschulen lediglich mit 90 % der Finanzmittel fest rechnen und müssten ihre Ausgabenplanung auf dieses Niveau anpassen. Dies verschärft die ohnehin von der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen nochmals erheblich.

Die Bindung eines Budgetanteils an noch nicht definierte Leistungsindikatoren hält DIE LINKE für wissenschaftspolitisch falsch, da die Bewertung des Erreichens der

Kriterien kaum möglich ist. Dies erinnert fatal an die Erpressungssituation 2003 bis 2005 unter der schwarz-gelben Landesregierung.

Die Fraktion DIE LINKE spricht sich dafür aus, die Personalkostensteigerungen im Jahr 2010 durch Landeszuschüsse auszugleichen.“

Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs am Geld gescheitert

Zum angekündigten Koalitionsschwenk hinsichtlich der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs bemerkt der Vorsitzende der Fraktion, Wulf Gallert:

„Mit der Ankündigung der CDU-SPD-Koalition, eine aufgabenbezogene Finanzausweisung des Landes an die Kommunen auf das Jahr 2012 zu verschieben, wird das Scheitern dieser Koalition bei einer der wichtigsten Aufgaben deutlich dokumentiert. Es war eine der großen Aufgaben, die im Koalitionsvertrag 2006 formuliert war und die nun in die nächste Legislaturperiode verschoben wird. Die entscheidenden Ursachen für dieses Scheitern liegen diesmal jedoch nicht in den üblichen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Fraktionen oder zwischen den Koalitionspartnern selbst. Auch die Bestimmung der finanziellen Aufwendungen für einzelne Aufgabenkomplexe ist zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden durchaus nachvollziehbar geleistet worden.

Für das Scheitern dieses Projektes ist vielmehr die Tatsache verantwortlich, dass eine aufgabenbezogene Finanzausstattung der Kommunen wesentlich mehr Geld erfordern würde, als die Landesregierung für das jetzige Finanzausgleichsgesetz veranschlagt hat. Dieser Widerspruch wurde im laufenden Verfahren immer deutlicher und führt jetzt zum Abbruch dieses politischen Projektes.

Durch diesen Vorgang fühlt sich DIE LINKE in ihrer Position bestärkt, in den Krisen Jahren 2010 und 2011 keine substantielle Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes vorzunehmen und den Kommunen zumindest die Finanzmasse des Jahres 2009 auch in den Folgejahren zur Verfügung zu stellen. CDU und SPD haben die Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes in die nächste Legislaturperiode verschoben. DIE LINKE wird alles dafür tun, dass diese Koalition dann dafür nicht mehr zuständig ist.“